

Luzern, 17. November 2022

MEDIENMITTEILUNG

Kommission nimmt Planungsbericht über weitere Entwicklung der Schulen positiv zur Kenntnis

Die Kommission Erziehung, Bildung und Kultur (EBKK) des Luzerner Kantonsrates nimmt den Planungsbericht **B 127** des Regierungsrates über die weitere Entwicklung der Volksschule, der Gymnasien und Berufsbildung mit grosser Mehrheit zustimmend zu Kenntnis. Der Bericht bietet einen guten Überblick über die zu erwartenden Herausforderungen im kommenden Jahrzehnt, auch mit Blick auf die wachsenden Schülerzahlen. Die Kommission fordert den Regierungsrat mit Bemerkungen in einzelnen Bereichen auf, aktiv zu werden.

Die Kommission Bildung und Kultur (EBKK) des Luzerner Kantonsrates hat unter dem Vorsitz von Rahel Estermann (Grüne/Junge Grüne, Luzern) den Planungsbericht **B 127**, «über die weitere Entwicklung der Volksschule, der Gymnasien und der Berufsbildung im Kanton Luzern» beraten. Die EBKK anerkennt, dass der Regierungsrat ambitionierte Ziele hat und Gestaltungswillen zeigt.

Der Planungsbericht findet Zustimmung

Die Kommission nimmt den Planungsbericht **B 127** mit grosser Mehrheit zustimmend zu Kenntnis. Sie bedankt sich bei allen, die sich im Kanton täglich für die Bildung der Kinder, Jugendlichen und künftigen Fachpersonen mit viel Engagement einsetzen. Die Planung, so die Meinung der Kommission, muss auch Lösungen für den Fachkräftemangel in den Bildungsinstitutionen aufzeigen. Mit einer grossen Mehrheit beantragt die Kommission, dass der Regierungsrat bei der Umsetzung des Berichts aufzeigen soll, wie die Lehrpersonen direkt nach der Ausbildung, aber auch in den weiteren Berufsjahren an der Volksschule, Gymnasien und den Berufsschulen gehalten werden können.

Herausforderungen der Volksschulbildung

Mit dem Schwerpunkt «Schulen für alle» verfolgt der Kanton fünf Stossrichtungen. Das Projekt festigt und entwickelt insbesondere vielfältigere Unterrichtsformen und eine individualisierte Förderung weiter. Dies begrüsst die Kommission. Sie sieht jedoch in der stetigen Individualisierung und Flexibilisierung auch die Gefahr einer möglichen Überforderung der Lernenden und Lehrpersonen. Eine Kommissionsmehrheit schätzt zudem die Situation bei den Schulischen Diensten als problematisch ein. Die EBKK fordert den Regierungsrat auf, die Unterstützungsangebote auszubauen, um die langen Wartefristen zu verkürzen. Weiter sieht eine grosse Mehrheit der EBKK einen Handlungsbedarf beim Ausbau und der Weiterentwicklung der familien- und schulergänzenden Tagesstrukturen. Zudem soll der Regierungsrat von allen Gemeinden ein Ferienangebot bei den Tagesstrukturen einfordern, ebenso wie die Entwicklung der Tagesschulen prüfen. Auch der Bereich der alters- und leistungsdurchmischten Klassen war ein Diskussionspunkt in der Beratung: Eine Kommissionsmehrheit fordert, dass die Gemeinden auch in Zukunft selber entscheiden dürfen, ob sie Jahrgangsklassen oder altersdurchmischte Klassen führen wollen.

Fehlende Aussagen zur pädagogischen Weiterentwicklung der Gymnasialbildung

Infolge Bevölkerungszunahme wird mit mehr Gymnasiastinnen und Gymnasiasten gerechnet. Die Immobilienprojekte zeigen auf, dass man gerüstet ist für die wachsende Schülerzahl. Dies ist aber praktisch die einzige konkrete Aussage zur Gymnasialbildung. Der Kommission fehlen visionäre Äusserungen zu pädagogischen Weiterentwicklungen, die auch dem Wandel der Gesellschaft und der Arbeitswelt gerecht werden. Die EBKK beantragt mit grosser Mehrheit, dass das Angebot der Schulsozialarbeit auf Stufe der Gymnasien und Sek II (Berufliche Grundbildung oder Mittelschule) geprüft und bei Bedarf eingeführt wird. Auch

was den Berufswahlprozess im Untergymnasium anbelangt, sieht die EBKK Verbesserungspotential und nimmt die Gymnasien in der Pflicht. Sie fordert die Regierung mit grosser Mehrheit auf, den Berufswahlprozess am Untergymnasium zu stärken.

Empfehlungen für die Berufsbildung

Die Berufsbildung ist für drei Viertel aller Schulabgängerinnen und -abgänger der Weg ins Berufsleben. Die Kommission stellt fest, dass die Berufsbildung im Kanton grundsätzlich gut aufgestellt ist. Auch dieser Bereich befindet sich im Wandel. Zusammen mit der Wirtschaft werden die Aktivitäten in der Berufsbildung dazu genutzt, um dem Fachkräftemangel entgegenzuwirken. Dazu gehört auch, dass mehr Lehrbetriebe gefunden werden, damit die nötigen Berufsleute ausgebildet werden können. Auch bei der Berufsbildung ist die Gesundheit der Lernenden ein Thema. Daher braucht es auch hier eine Koordination und bei Bedarf einen Ausbau der bestehenden Beratungsangebote.

Das Geschäft wird voraussichtlich an der November-Session 2022 des Kantonsrates behandelt.

Kontakt

Rahel Estermann
Präsidentin EBKK
Telefon 079 423 25 81
E-Mail rahel.ester mann@lu.ch